

## Deutschland hat die Wahl oder hat Deutschland die Wahl?

Von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e. V.

Der Bundespräsident hat für den 18. September 2005 die Neuwahl des Bundestags festgesetzt und damit dem Wunsch der etablierten Parteien entsprochen.

Deutschland soll nach dem Willen der Herrschenden wählen, wer die Politik der Unternehmerinteressen und des Sozialabbaus fortsetzt. Deutschland hat aber auch die Wahl, eine starke Opposition für die Interessen der »Arbeitnehmer«, Arbeitslosen, sozial Schwachen und der Rentner in den Bundestag zu bringen.

Deutschland befindet sich in einer tiefen gesellschaftlichen Krise. Steuergeschenke haben die Profite erhöht, die Staatsverschuldung ausgeweitet und die Arbeitslosigkeit nicht verringert. Lohndumping, Hartz-Gesetze, »Gesundheitsreform« und Senkung der realen Renteneinkommen sind Ausdruck einer beispiellosen Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben und massiven Sozialabbaus. Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Diskriminierung großer Bevölkerungsgruppen werden vor allem in Ostdeutschland fortgesetzt. So hat sich erst im Juni dieses Jahres eine große Koalition der Vergeltung für die Aufrechterhaltung und teilweise Verschärfung des Strafrentensystems entschieden.

Die Gretchenfrage der Wahl ist: Begründen die vorgelegten Programme die Wende zum noch Weniger für das Volk oder werden wirklich existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen und das soziale Niveau gehalten und verbessert? Die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der demographischen Entwicklung erfordern ein Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung, das wirtschaftlichen Fortschritt, Beschäftigung, soziale Sicherheit sowie Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit zusammenführt.

### Existenzsichernde Arbeitsplätze für Alle

Technologischer Fortschritt und rücksichtsloses Profitstreben führen weiter zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Zukunftsorientierte Förderung neuer Technologien kann neue Arbeit schaffen, sie wird jedoch die klaffende Lücke

nicht schließen. In einem öffentlich geförderten Bereich gemeinnütziger und qualifikationsgerechter Arbeit jenseits der Privatwirtschaft und bürokratischer Reglementierung können neue Arbeitsplätze in großem Umfang geschaffen werden. Die vorhandene Arbeit kann durch Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilt werden. Das zu gestalten, ist Aufgabe staatlicher Politik. Es müssen also neue Wege gefunden werden, damit fünf Millionen Arbeitslose nicht länger von der Teilhabe am Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben. Dazu gehören auch ein ausreichender Schutz der »Arbeitnehmer« vor unternehmerischer Willkür und Diskriminierung, also Kündigungsschutz weiterhin auch in Kleinbetrieben, gesetzliche Höchstarbeitszeiten und überbetriebliche Flächentarifverträge.

### Bildung, Ausbildung und lebensbegleitende Qualifizierung auf hohem Niveau

Allgemeine und berufliche Qualifikation sind entscheidende Voraussetzungen, um den höheren Anforderungen flexibler beruflicher Tätigkeit und wirklich freier Teilnahme an der Demokratie gerecht werden zu können. Deutschland braucht ein Bildungssystem aus einem Guss, das vor allem der Chancengleichheit verpflichtet ist und Talentförderung gewährleistet. Die Wirtschaft darf dabei nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Die Weiterbildung muss als gleichberechtigter Bildungsbereich (4. Säule) anerkannt und gefördert werden. Sie ist besonders für Arbeitslose und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen notwendig. An der Fähigkeit, für das Leben erfolgreiche Bildung zu lenken, muss sich jede Bundesregierung messen lassen.

### Erhaltung und Stärkung der solidarischen Systeme sozialer Sicherheit

Das Vertrauen in den Sozialstaat wird vor allem vom Funktionieren der solidarischen Systeme zur Absicherung vor den Lebensrisiken im Falle der Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und der Sicherung des Lebensstandards im Alter getragen. Privatisierung zerstört dieses Vertrauen,

weil sie die Kosten nach der Größe des Risikos auf den Betroffenen abwälzt.

Die Gesundheitsprämie (vorher Kopfpauschale) der CDU/CSU verschleiert das nur. Für die Finanzierung der sozialen Sicherheit steht der Ausbau der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer echten solidarischen Bürgerversicherung an: also die Ausweitung der Versicherungspflicht auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung, einschließlich Selbständige und Beamte, wie es in anderen Ländern seit Jahren mit Erfolg gehandhabt wird..

Die gesetzliche Rente muss leistungsbezogen bleiben und auch in Zukunft einen angemessenen Lebensstandard sichern. Menschen mit langjähriger Erwerbstätigkeit dürfen nicht nur auf eine Grundsicherung verwiesen werden. Die Unterschiede in der Höhe der Renten in Ost und West müssen ebenso wie die Unterschiede in der Entlohnung endlich beseitigt werden. Der Lebensstandard wird nur erhalten, wenn die Einkommen wenigstens die Inflation ausgleichen.

### Erhaltung einer lebensfähigen öffentlichen Daseinsvorsorge

Wasser und Strom, Müll- und Abwasserentsorgung, öffentlicher Personenverkehr, Post und Telekommunikation, Sicherheit und Recht, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls und des Einzelnen sicherzustellen sind. Sie dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen und zur bloßen Ware degradiert werden, wodurch immer mehr Menschen der Zugang erschwert oder verwehrt wird. Die arbeitenden Menschen zahlen Steuern vor allem, damit diese Leistungen jedem gleichermaßen zukommen können.

Diese ausgewählten sozialpolitischen Aspekte heben die unter den heutigen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft möglichen Veränderungen hervor, um Deutschland sozialer zu gestalten und den Sozialstaat zu erhalten. Dazu müssen vom Gesetzgeber die im Interesse des Gemeinwohls notwendigen Handlungsrahmen gesetzt werden.

➤ Die Wahlprogramme von CDU/CSU und FDP weisen in eine andere Richtung. Auch die mit kosmetischen Korrekturen seit dem Mai aufgebesserten Programme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind angesichts ihrer Politik der letzten Jahre nicht überzeugend.

Alle diese Parteien sind für Mitglieder und Sympathisanten von ISOR e.V. nicht mehr wählbar. Unter den Parteien, die eine reale Chance zum Einzug in den Bundestag besitzen, ist nur von der Linkspartei/PDS eine Vertretung unserer Interessen zu erwarten. Das schließt in konkreten Einzelfällen eine Unterstützung von Direktkandidaten aus anderen Parteien nicht aus, wenn diese sich glaubwürdig gegen die Fortsetzung der Politik des Sozialabbaus und der Strafrenten positionieren. Lest die Programme der Parteien, hört Euch Erklärungen von Kandi-

➤ Fortsetzung von Seite 1

daten auf Wahlveranstaltungen an und stellt Fragen, z.B. warum sie der Fortsetzung des Rentenstrafrechts zugestimmt haben. Nehmt Euer Recht wahr und geht zur Wahl, Wahlabstimmungen verzerrt den tatsächlichen Volkswillen und schadet vor allem den Nichtwählern. Wählt die Liste der Linkspartei/PDS, der Partei, die als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien

konsequent gegen das Rentenstrafrecht eintritt. Helft dieser Partei, aussichtsreiche Direktmandate zu gewinnen, und entscheidet Euch ansonsten für solche Direktkandidaten, von denen Ihr annehmen könnt, dass sie unsere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichbehandlung wirksam vertreten werden. Es muß uns endlich gelingen das Kräfteverhältnis im deutschen Bundestag zu verändern.

**Auf seiner Sitzung am 14.07.2005 hat das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) die nachfolgende Erklärung zur bevorstehenden Bundestagswahl einstimmig beschlossen:**

## Nutzen wir die Chance

**Aufruf der im OKV vereinigten Verbände, Gesellschaften und Organisationen zur Bundestagswahl am 18. September 2005**

Das politische Deutschland ist in Bewegung geraten. Durch die globalisierte hemmungslose Marktwirtschaft und die ihr untergeordnete Politik der Regierenden wie der »Opposition« verschärfen sich die sozialen Konsequenzen für große Teile des Volkes.

Grundübel dieser Marktwirtschaft ist die wachsende Arbeitslosigkeit mit ihren vielseitigen negativen Auswirkungen. Seit 30 Jahren baut sie sich auf. Ein Ende ist nicht abzusehen. SPD und CDU hatten Zeit zu beweisen, dass sie ihrer Herr werden.

Doch Fehlleistung auf der ganzen Linie. Warum? Sie realisieren Interessen der wirtschaftlich Herrschenden.

Schon eine bloße Idee zur Verbesserung der Lage der Betroffenen ruft die Lobby des Kapitals auf den Plan mit Schwarzmalerei für den Standort Deutschland und Androhung weiterer Arbeitslosigkeit. Und die abhängigen Medien spielen mit.

Eine neue Politik ist nötig.

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der Angst der Herrschenden vor einer Solidarisierung der Menschen, die genug davon haben, dass ihnen die Taschen geleert und sie obendrein veralbert und getäuscht werden.

Die mögliche Einigung linker Kräfte im Bundestagswahlkampf versetzt alle Kräfte rechts von ihnen in helle Aufregung.

Sorgen wir für die Verstärkung dieser Aufregung.

Gewährleisten wir als organisierte Vertreter ostdeutscher Interessen, die sich inzwischen, wenn auch differenziert, zu gesamtdeutschen ausgewachsen haben, dass die angekündigte Härte des Wahlkampfes nicht unbeantwortet bleibt.

- Nennen wir ungeschönt den Widerspruch zwischen unseren Erwartungen und der Realität.
- Stellen wir unerbittlich und selbstbewusst unsere Forderungen dafür, dass wir nach 15 Jahren staatlicher Einheit nicht weiterhin als Bürger 2. Klasse existieren wollen.
- Kämpfen wir dagegen, dass Ostdeutschland das Experimentierfeld für sozialen Abbau in ganz Deutschland bleibt.
- Verhindern wir, dass neofaschistische Kräfte in den Deutschen Bundestag einziehen und deutsche Streitkräfte weltweit »deutsche Interessen« verteidigen.
- Beweisen wir unsere ausgeprägte demokratische Gesinnung durch einen kultivierten politischen Wahlkampf.
- Verstärken wir unsere solidarische Haltung mit allen politisch und sozial besonders Diskriminierten und schauen dabei über den eigenen Brillenrand hinaus.
- Prüfen wir gewissenhaft und nachhaltig, welche der zur Wahl stehenden Partei und welcher Direktkandidat unsere Interessen am ehesten vertreten wird.

Nur der und dem werden wir unsere Stimme anvertrauen.

Ermutigen wir die Entmutigten, zur Wahl zu gehen.

Bekennen wir uns zu einem besseren Deutschland.

Treten wir für Frieden, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ein.

Nichts bleibt wie es ist.

Veränderung reicht nicht, es muss besser werden!

## Positionen zum Rentenstrafrecht aus dem Bundestag:

*Aus der Niederschrift des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung des Bundestages, 103. Sitzung, 11. 05. 2005*

**Tagesordnungspunkt 1: Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines Ersten Gesetzes zur Änderung, des AAÜG – BT-Drucksache 15/5314**

**Abgeordnete Erika Lotz (SPD)**

Das Bundesverfassungsgericht habe dem Gesetzgeber die Möglichkeit eingeräumt, bis zum 30. Juni 2005 eine Neuregelung zu treffen. Dafür stehe nur ein sehr enger Gestaltungsspielraum zur Verfügung. Bei der Ausgestaltung der Neuregelung müsse im Wesentlichen darauf abgestellt werden, ob die betreffenden Personen dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) rechtlich oder faktisch weisungsbefugt bzw. ob sie Teil des Gesamtkonzepts der Selbstprivilegierung innerhalb des Staates gewesen seien. Ihr sei bewusst, dass aus Sicht der SED-Opfer sicherlich schwer nachvollziehbar sei, dass viele Funktionäre von der Neuregelung nicht erfasst würden und deutliche Rentenverbesserungen erhielten.

**Abgeordnete Maria Michalk (CDU/CSU)**

Es sei dringend notwendig, für Systemträger der ehemaligen DDR eine gesetzliche Regelung zu schaffen, um Rentenverbesserungen für diese Personengruppe zu verhindern. Nachdem das Bundesverfassungsgericht bestätigt habe, dass die Stasi-Mitgliedschaft die Entgeltbegrenzung rechtfertige, erwidere der Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU die in dem Gesetzentwurf bezeichneten Gruppen um diejenigen Personen, die – nach Aussage der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen – nachweislich Stasi-Mitglieder gewesen seien.

**Abgeordnete Birgit Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

erklärt, zwischen allen Fraktionen bestehe Einigkeit darüber, dass die staatsnahen Eliten in einem Unrechtsstaat nicht auch noch bei der Rente von ihrer früheren Stellung profitieren sollten.

**Abgeordneter Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)**

Durch das lange Zuwarten hätten jetzt nur wenige hoch gestellte Berufsgruppen, bei denen der Verantwortungszusammenhang mit dem MfS offensichtlich sei, im Gesetzentwurf Berücksichtigung gefunden. Andere Personen, bei denen Entgeltbegrenzungen ebenfalls angezeigt gewesen wären, kämen ab dem 1. Juli 2005 in den Genuss von Rentenverbesserungen. Dennoch werde die Fraktion der FDP dem Gesetzentwurf als »kleinerem Übel« zustimmen, weil die Alternative – der Wegfall sämtlicher Kürzungsmechanismen – noch unbefriedigender sei.

**PStS Franz Thönnies (BMGS)**

Vielmehr müsse die Weisungsbefugnis gegenüber dem MfS berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sei mit der so genannten »Gauck-

➤ Fortsetzung auf Seite 3

### > Fortsetzung von Seite 2

Behörde« die Beschreibung des Personenkreises eng abgestimmt worden, um zu zielgenauen Formulierungen zu kommen, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts standhielten.

#### MDg Hans-Ludwig Flecken (BMGS)

Nach Ansicht von Historikern der »Gauck-Behörde« sei es nicht berechtigt, alle Mitglieder des Zentralkomitees in die Begrenzungsregelung einzubeziehen, da dem Zentralkomitee als repräsentativem Organ der SED viele ehrenamtliche Mitglieder ohne Weisungsbefugnis angehört hätten. Ferner hätten die territorialen Parteisekretäre spätestens seit 1976, als Erich Mielke Vollmitglied des Politbüros geworden sei, nahezu keine Weisungskompetenz gegenüber dem MfS mehr gehabt. Nur weil die Dienstanzweisung 17/57 des Ministers für Staatssicherheit vom 18. Juni 1957, nach der die Ersten Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen die Weisungsbefugnis gegenüber den jeweiligen MfS- Dienststellen erhalten hätten, nie förmlich aufgehoben worden sei, seien die Ersten Sekretäre im Gesetzentwurf von der Begrenzungsregelung erfasst worden. Die Zweiten Sekretäre sowie die Abteilungs- und Bereichsleiter einzubeziehen, sei vor diesem Hintergrund nicht zu vertreten.

#### Abgeordnete Dr. Marlies Volkmer (SPD)

erklärt, es sei ihr ausdrücklicher Wunsch, dass möglichst viele Personengruppen von der Ausnahmeregelung erfasst werden. Jedoch sei von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der »Gauck-Behörde« geprüft worden, dass eine Erweiterung im Sinne des Änderungsantrags der Fraktion der CDU/CSU zu verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten führen würde.

#### Abgeordnete Maria Michalk (CDU)

Vor dem Hintergrund, dass den Rentnern für das laufende Jahr eine »Nullrunde« drohe, sei es ein falsches Signal, dem größten Teil der Systemtäter des DDR-Regimes ab Juli 2005 Rentenverbesserungen zuzugestehen. Aus diesem Grunde soll der Gesetzgeber Mut beweisen, den Kreis derjenigen, für die Entgeltbegrenzungen zulässig seien, so weit wie möglich zu fassen.

#### Abgeordnete Erika Lotz (SPD)

Einigkeit habe darin bestanden, dass die in Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum 1. Juli 2005 zu befürchtenden Rentenerhöhungen und Rentennachzahlungen für Spitzenfunktionäre der ehemaligen DDR vermieden werden sollten. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zur Begrenzung der rentenrelevanten Entgelte für bestimmte Personengruppen – zum Beispiel für Mitglieder oder Kandidaten des Politbüros, Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrats, des Staatsrats oder des Ministerrats, Erste Sekretäre der SED-Bezirks- oder Kreisleitungen, die im hauptamtlichen »Apparat« des Zentralkomitees

der SED tätigen Personen, Staatsanwälte im Bezug zum MfS – würden von allen Fraktionen mitgetragen. Die Fraktion der CDU/CSU habe es für erforderlich gehalten, weitere Personen in herausgehobenen Funktionen in Partei- und Staatsapparat in die vorgesehene neue Begrenzungsregelung einzubeziehen. Die Fraktionen seien übereingekommen, den Gesetzentwurf im Wege eines interfraktionellen Änderungsantrags um weitere Personen zu erweitern. Insbesondere weitere leitende Funktionäre der SED-Bezirks- oder Kreisleitungen, Mitglieder von Staats- und Ministerrat und deren Stellvertreter, Richter und Staatsanwälte der so genannten 1 a-Senate, leitende Mitarbeiter der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees der SED sowie Mitglieder der SED-Bezirks- oder Kreiseinsatzleitung sollten künftig von der Begrenzungsregelung erfasst werden. Eine Nichtberücksichtigung dieser Personengruppen ließe sich nicht zuletzt vor den Opfern des SED-Regimes nur schwer rechtfertigen.

#### Abgeordnete Maria Michalk (CDU/CSU)

Es sei gelungen, den Begriff der Weisungsbefugnis auszuweiten. Dennoch sei allen bewusst, dass die gefundene Regelung nicht zu einer hundertprozentigen Gerechtigkeit für alle Opfergruppen führen könne. Dennoch sei die Gerechtigkeitslücke zwischen Systemprivilegierten und Systemopfern geringer geworden. ... Ende des Auszugs!

#### Anmerkungen der AG Recht:

Die Auszüge zeigen, dass die Aushebelung der Wertneutralität des Rentenrechts und die Beibehaltung des Rentenstrafrechts durchgängig politisch motiviert sind.

1. wird immer wieder eine fatale Verknüpfung von bevorzugten »systemnahen Eliten eines Unrechtsstaates« durch »erhebliche Rentenverbesserungen« gegenüber den benachteiligten »SED-Opfern« konstruiert und das, obwohl das BVerfG feststellt, dass eine solche Verknüpfung verfassungsrechtlich zur Rechtfertigung nicht trägt.

2. wird in irreführender Weise die hinnehmbare »Nullrunde« der Rentner allgemein der nicht-hinnehmbaren »Rentenverbesserungen« für die Systemträger des »DDR- Regimes“ gegenüber gestellt. Diese Entstellung vertuscht, dass es sich bei dieser Rentenverbesserung um einen bislang rechtswidrig entzogenen Rechtsanspruch auf eine zustehende Rente handelt. Selbst in dem »Eckpunkte«- Papier zur Aufhebung der so genannten E 3- Regelung wird bestätigt, dass die Anhebung der unrechtmäßig gekürzten Renten »die Folge der zuvor erfolgten Halbierung der Rentenansprüche« ist. Also die Rente wird nicht erhöht, sondern das rechtswidrig Einbehaltene wird nachträglich erstattet und künftig ungekürzt gezahlt.

3. Sichtbar wird insgesamt, dass die politisch geprägten Bestrebungen, für »Systemträger der DDR« gesetzliche Regelungen zu schaffen, die eine »Rentenverbesserung« bei diesen Personen verhindern soll, fortbestehen.

4. Wir überlassen es unseren Mitgliedern, weitere Schlussfolgerungen über diese »Vertreter« zu ziehen und Ihnen gegenüber zu äußern .

**Der Kampf um Rentengerechtigkeit und Wertneutralität des Rentenrechts ist noch nicht zu Ende !**



Am 01. 07. 2005 führte die TIG Meißen im Beisein des Landesbeauftragten Horst Eismann eine Mitgliederversammlung durch. Zu Beginn erinnerte der TIG- Vorsitzende Gerd Böhme an den 1. Juli, als den ehemaligen Ehrentag der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei. Er sprach in diesem Zusammenhang allen TIG-Mitgliedern, welche ihren Dienst in der VP versahen, den Dank für die solidarische Hilfe im Kampf für die volle Erlangung der Rentengerechtigkeit aus. Horst Eismann gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der Anstrengungen der Auswertung der Sozialunterlagen der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR zur Schaffung neuer Erkenntnisse über die Einkommensverhältnisse im MfS/AfNS sowie der veränderten Situation nach Beschlussfassung des Bundestages zur offensichtlich verfassungswidrigen Gesetzgebung, zur Schaf-

fung neuer Kategorien im Rentenstrafrecht. In Folge wurde allen anwesenden TIG-Mitgliedern die Information des ISOR-Vorstandes zu aktuellen Aufgaben im Zusammenhang mit den möglich vorgezogenen Bundestagswahlen gegeben. Das Leitungsmitglied Günter W. Berger stellte einen Schriftsatz-Entwurf der TIG Meißen an die Bundestagsfraktionen zur bevorstehenden Neuwahl vor, welcher einstimmig Zustimmung erlangte. Darin kommt die Sorge der TIG-Mitglieder zum gegenwärtig verschärft praktizierten Rentenstrafrecht als Koalition der Vergeltung zum Ausdruck. Es werden Parallelen gezogen zum Unrecht im Nazideutschland gegenüber jüdischen Mitbürgern und politisch anders Denkenden, unter der jetzt wieder praktizierten Formulierung des gesunden Volksempfindens und deren juristische Wertung. Die anschließende Diskussion

> Fortsetzung auf Seite 4